

**URGENT ACTION**

# **ZU UNRECHT INHAFTIERTE UND GEFÄHRDETE FREILASSEN!**

**TÜRKEI**

UA-Nr: **UA-043/2020-1** AI-Index: **EUR 46/2153/2020** Datum: **17. April 2020** – mr

**INHAFTIERTE JOURNALIST\_INNEN, MENSCHENRECHTLER\_INNEN  
UND ANDERE NUR WEGEN DER WAHRNEHMUNG IHRER MENSCHENRECHTE INHAFTIERTE PERSONEN  
UNTERSUCHUNGSHÄFTLINGE**

**Covid-19 verbreitet sich mit alarmierender Geschwindigkeit in der Türkei und bringt Tausende Gefangene und Strafvollzugsbeschäftigte zunehmend in Lebensgefahr. Am 13. April wurde das Gesetz zur frühzeitigen Freilassung von bis zu 90.000 Inhaftierten vom Parlament verabschiedet. Doch das Gesetz lässt viele Inhaftierte außen vor, die für eine vorzeitige Freilassung infrage kommen, wie Untersuchungshäftlinge sowie Journalist\_innen, Menschenrechtler\_innen und weitere Personen, die mit Hilfe der Antiterrorgesetze zu Unrecht inhaftiert wurden.**

Am 13. April verabschiedete das türkische Parlament das Gesetz zur frühzeitigen bedingten Freilassung von bis zu 90.000 Inhaftierten. Angesichts der schnellen Verbreitung von Covid-19 in den überbelegten und unhygienischen türkischen Gefängnissen ist jede Verringerung der Anzahl von Inhaftierten ein positiver Schritt.

Doch das Gesetz lässt viele Personen außen vor, die ebenfalls für eine frühzeitige Entlassung in Frage kommen sollten und bringt damit Tausende Gefangene und Strafvollzugsbeschäftigte in große Gefahr. Nach offiziellen Angaben sind bislang bereits drei Gefangene gestorben und 17 Gefangene sowie 79 Angestellte in Haftanstalten wurden positiv getestet.

Ausgeschlossen von einer frühzeitigen Freilassung sind im neuen Gesetz Journalist\_innen, Menschenrechtsverteidiger\_innen, Rechtsanwält\_innen, oppositionelle Politiker\_innen, Aktivist\_innen und andere, die nur aufgrund der Wahrnehmung ihrer Rechte inhaftiert sind. Es schließt auch Untersuchungshäftlinge von einer Freilassung aus. Die Untersuchungshaft wird in der Türkei routinemäßig und als Strafmaßnahme eingesetzt und verstößt damit gegen die Unschuldsvermutung und das Recht auf Freiheit. Die diskriminierende Natur der jüngsten Gesetzesänderungen macht eine Anfechtung vor dem türkischen Verfassungsgericht wahrscheinlich.

## **HINTERGRUNDINFORMATIONEN**

Das am 13. April im Parlament verabschiedete Gesetz ist Teil des dritten Reformpakets der im letzten Sommer verkündeten strategischen Justizreform der Regierung. Das bereits ungeduldig erwartete Gesetzespaket wurde am 31. März in das türkische Parlament eingebracht und am 2. und 3. April im Justizausschuss diskutiert. Das Gesetz ermöglicht es bestimmten verurteilten Strafgefangenen abhängig von ihrer Risikosituation und der Länge ihrer Haftstrafe frühzeitig freigelassen zu werden oder in Hausarrest zu wechseln. Dazu gehören Personen, die über 65 Jahre alt sind, Frauen mit kleinen Kindern und Gefangene mit schweren Erkrankungen. Gefangene, die ihre Strafe im offenen Vollzug verbüßen, kommen ebenfalls für einen zweimonatigen Wechsel in den Hausarrest in Frage und haben die Möglichkeit, den Hausarrest zweimal für weitere zwei Monate zu verlängern. Darüber hinaus können die Haftstrafen verurteilter Strafgefangener auf die Hälfte verkürzt werden. Ausgenommen sind jedoch alle, die Haftstrafen aufgrund der Antiterrorgesetze oder wegen Verbrechen gegen den Staat, Tötungs- oder Drogendelikten und wegen Sexualstraftaten verbüßen.

In der Türkei wird die vage formulierte Antiterrorgesetzgebung vielfach dazu genutzt, mit konstruierten Anklagen gegen Journalist\_innen, regierungskritische Aktivist\_innen, Anwält\_innen, Menschenrechtsverteidiger\_innen und weitere Personen vorzugehen, die andere Meinungen vertreten als die Regierung. Amnesty International hat durch

**AMNESTY INTERNATIONAL** Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100. Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



zahlreiche Strafprozessbeobachtungen dokumentiert, dass viele Angeklagte lange in Untersuchungshaft festgehalten und viele von ihnen wegen Verbrechen im Zusammenhang mit Terrorismus schuldig gesprochen werden, nur weil sie eigene Meinungen vertreten und ohne jeden Beweis, dass sie Gewalt geschürt oder ausgeübt oder verbotene Organisationen unterstützt haben. Zu ihnen zählen der bekannte Journalist und Schriftsteller **Ahmet Altan**, der kurdische Politiker **Selahattin Demirtaş** und der Geschäftsmann und zivilgesellschaftlich weithin bekannte **Osman Kavala** sowie viele weitere Akademiker\_innen, Menschenrechtsverteidiger\_innen und Journalist\_innen. Selahattin Demirtaş leidet im Gefängnis unter bereits dokumentierten Herzproblemen und sowohl Ahmet Altan als auch Osman Kavala sind über 60 Jahre alt und gehören damit zu den Risikogruppen von Covid-19. Alle diese Personen sollten ohnehin nicht inhaftiert sein. Sie von einer möglichen Freilassung auszuschließen, würde den Menschenrechtsverletzungen, die sie bereits erleben, noch eine weitere hinzufügen.

#### **SCHREIBEN SIE BITTE**

#### **E-MAILS, FAXE, FACEBOOK- UND TWITTERNACHRICHTEN ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN**

- Lassen Sie bitte umgehend und bedingungslos alle zu Unrecht inhaftierten Journalist\_innen, Menschenrechtsverteidiger\_innen, Aktivist\_innen und andere Personen frei, die nur aufgrund der Wahrnehmung ihrer Menschenrechte auf Grundlage der Antiterrorgesetze in Haft sind.
- Bitte prüfen Sie die Fälle aller Untersuchungshäftlinge in der Absicht, sie freizulassen und ziehen Sie bitte ebenfalls wohlwollend in Betracht, ältere und vorerkrankte Gefangene, die in besonderem Maße durch Covid-19 bedroht sind, freizulassen.
- Stellen Sie sicher, dass alle Gefangenen sofortigen Zugang zu medizinischer Betreuung und Vorsorge in gleichem Umfang erhalten wie die übrige Bevölkerung. Dies umfasst Tests, Vorsorge und die Behandlung von Covid-19.
- Stellen Sie zudem sicher, dass Gefängnis- und medizinischen Personal Zugang zu angemessener Aufklärung, Schutzausrüstung, Training und Unterstützung hat, um sich selbst schützen zu können.

**ACHTUNG!** Aufgrund der Verbreitung des Coronavirus ist die weltweite Briefzustellung momentan eingeschränkt. Da sich die Zustellung täglich ändern kann, prüfen Sie bitte auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen zum Coronavirus“, ob Briefe im Zielland zugestellt werden. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bis auf Weiteres bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

#### **APPELLE AN**

#### **JUSTIZMINISTER**

Mr. Abdülhamit Gül  
Adalet Bakanlığı 06659 Ankara  
TÜRKEI  
(Anrede: Dear Minister / Sehr geehrter Herr Minister)  
**Fax: (00 90) 0312 419 33 70**  
**E-Mail: [info@adalet.gov.tr](mailto:info@adalet.gov.tr)**  
**Twitter: [@abdulhamitgul](https://twitter.com/abdulhamitgul)**  
**Facebook: <https://www.facebook.com/abdulhamitgul/>**

#### **KOPIEN AN**

#### **BOTSCHAFT DER REPUBLIK TÜRKEI**

S. E. Herrn Ali Kemal Aydın  
Tiergartenstr. 19-21  
10785 Berlin  
**Fax: 030-275 90 915**  
**E-Mail: [botschaft.berlin@mfa.gov.tr](mailto:botschaft.berlin@mfa.gov.tr)**

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Türkisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **29. Mai 2020** keine Appelle mehr zu verschicken.

Weitere Informationen zu **UA-043/2020** (EUR 46/2058/2020, 31. März 2020)

#### **PLEASE WRITE IMMEDIATELY**

- In light of the seriousness of the situation, I urge you to immediately release unjustly imprisoned people including journalists, human rights defenders, activists and others jailed unfairly under anti-terror laws simply for exercising their rights.
- Give urgent consideration to the release of those held in prison on pre-trial detention who have not been convicted of any offence and those who are at particular risk in prison from COVID-19 where their health cannot be guaranteed.
- Ensure that those who cannot be released have access to medical attention and healthcare to the same standards that are available in the community, including when it comes to testing, prevention and treatment of COVID-19.
- Ensure prison staff and healthcare workers should have access to adequate information, equipment, training and support to protect themselves.

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



## **HINTERGRUNDINFORMATIONEN – FORTSETZUNG**

Das Recht auf Gesundheit ist in mehreren Menschenrechtsabkommen verankert. Laut Artikel 12 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ist die „Vorbeugung, Behandlung und Bekämpfung epidemischer, endemischer, Berufs- und sonstiger Krankheiten“ Teil des Rechts auf Gesundheit. Vor dem Hintergrund einer sich ausbreitenden Epidemie gehört dazu die Verpflichtung der Staaten, dafür zu sorgen, dass Vorsorge, Güter, Dienstleistungen und Informationen für alle Personen verfügbar und zugänglich sind.

Laut dem Recht auf Gesundheit sollen medizinische Güter, Einrichtungen und Maßnahmen in ausreichendem Maß im Land vorhanden sein, für alle gleichermaßen zugänglich sein, die medizinische Ethik und kulturelle Unterschiede respektieren sowie wissenschaftlich und medizinisch angemessen und von guter Qualität sein. Um das Kriterium der Zugänglichkeit zu erfüllen, müssen diese Güter und Dienstleistungen für alle Menschen erreichbar sein, insbesondere für die am meisten gefährdeten und marginalisierten Bevölkerungsgruppen. Sie müssen für alle Teile der Bevölkerung bezahlbar und in Reichweite sein. Das Recht auf Gesundheit schließt zudem den Zugang zu allen gesundheitlich relevanten Informationen ein.

Die Türkei muss gemäß ihren unter internationalen Menschenrechtsabkommen eingegangenen Verpflichtungen die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um das Recht auf Gesundheit für alle Häftlinge gleichermaßen zu gewährleisten. Regierung und Parlament müssen das Prinzip der Nichtdiskriminierung wahren, wenn sie Maßnahmen ergreifen, um das hohe Gesundheitsrisiko in den Gefängnissen zu verringern. Der Gesetzentwurf schließt bestimmte Gefängnisinsass\_innen aufgrund ihrer Kritik an der Regierung von der Freilassung aus. Tausende sitzen in den türkischen Gefängnissen, nur weil sie ihre Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit friedlich wahrgenommen haben. Sie sind nun zusätzlich durch ein neues gesundheitliches Risiko in Gefahr.

